



AVES verabschiedete an ihrer Delegiertenversammlung folgende Resolution:

## Energiestrategie 2050 führt in die Sackgasse

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) lehnt die Energiestrategie 2050, wie sie vom Bundesrat präsentiert und vom Nationalrat in der Wintersession 2014 verabschiedet wurde, klar ab. Die Energiestrategie verursacht Mehrkosten auf dem Buckel der Privathaushalte und der Unternehmen. Gleichzeitig gefährdet die Energiestrategie 2050 unsere Versorgungssicherheit. Die AVES fordert eine zahlbare und sichere Energieversorgung, weshalb die AVES ein Referendum zur Energiestrategie 2050 unterstützen wird.

Die Vorlage des Bundesrates zur Energiestrategie 2050 wie auch die Entscheide des Nationalrates in der Wintersession 2014 verursachen enorme Mehrkosten ohne Notwendigkeit. Mehrkosten, die von den Privathaushalten und den Unternehmen, insbesondere den KMU, getragen werden sollen. Ein Paradebeispiel hierfür ist die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), die mittels Salami-taktik laufend erhöht wird. Zudem treiben der damit zusammenhängende Aufwand für die Stromnetze und den Stromimport die Gesamtkosten stets weiter in die Höhe. Wenig Verständnis bringt die AVES auch für die einschnürenden Verbote und Gebote und die überhandnehmende Bürokratie im Rahmen der Energiestrategie 2050 auf. Alle diese teilweise grotesken Entwicklungen lehnt die AVES entschieden ab.

Nein sagt die AVES auch zu der damit einhergehenden Gefährdung der Versorgungssicherheit. Bislang hatte die Schweiz mit ihrer einheimischen Wasserkraft und der Kernenergie eine optimale Stromversorgung. Mit den Subventionen, vor allem in die unzuverlässige Wind- und Sonnenenergie, wird unsere Versorgung nicht nur massiv und unnötig verteuert, sondern auch die Versorgungssicherheit geschwächt. Mit der Notwendigkeit von erhöhten Stromimporten steuern wir zudem in eine Abhängigkeit vom Ausland, wie wir sie bislang nicht kannten.



Nationalrat Albert Rösti eröffnete als Präsident der AVES die Delegiertenversammlung 2015, an der auch die Resolution verabschiedet wurde

Die AVES lehnt deshalb die Energiestrategie 2050 als verfehlt ab und fordert, dass diese dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Die AVES schliesst keine Technologie aus und steht zum Grundsatz «Alle Energien nutzen». Die AVES setzt sich ein für eine umweltverträgliche, möglichst CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung mit hoher Versorgungssicherheit zu günstigen Preisen. Sollte das Parlament die notwendigen Korrekturen an der Energiestrategie 2050 nicht vornehmen, wird die AVES ein Referendum unterstützen.

### Editorial

#### Elektromobilität?



Konrad Studerus

Der 16. Juni 2015 war der Tag der Elektromobilität. In Deutschland musste Bundeskanzlerin Merkel zugeben, dass das anvisierte Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen bis ins Jahr 2020 weit verfehlt wird.

Ende Mai 2015 verkehrten gerade mal 22'000 Elektroautos (ohne Hybride) auf Deutschlands Strassen. Die Zahlen in der Schweiz sind im Verhältnis vergleichbar.

Das Ansehen der Elektroautos ist allerdings hoch. Sie stossen – oberflächlich betrachtet – kein CO<sub>2</sub> aus. Bei genauerer Prüfung ist diese Behauptung allerdings irreführend. Es kommt eben hauptsächlich darauf an, wie der Strom erzeugt wird. Gemäss den Berechnungen des Paul-Scherrer-Instituts PSI fallen pro erzeugte kWh Strom folgende zurechenbaren CO<sub>2</sub>-Emissionen an: bei Wasserkraft 4g, Kernenergie 8g, Erdgas 426g, Steinkohle 912g.

Kleinere Elektroautos verbrauchen ca. 15 kWh Strom auf 100 km. Dies entspricht dem Energieinhalt von ca. 1,5 Liter Benzin. Dieser ausgezeichnete Wert relativiert sich massiv, wenn man die Stromerzeugung in Betracht zieht. Falls der Strom mittels Kohle erzeugt wird, was in Deutschland überwiegend der Fall ist, so ergeben 15 kWh Strom für 100 km Fahrt im Elektromobil einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 13'680 g (15 x 912g) oder rund 137 g/km. Die in Verkehr gesetzten Benzin- oder Dieselaautos liegen heute mehrheitlich deutlich unter diesem Wert!

Das deutsche Umweltbundesamt weist pro (deutsche) kWh Strom eine durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Belastung von 601 g (2012) aus – allerdings mit steigender Tendenz wegen des Atomausstiegs. Auch bei der Zugrundelegung dieses tieferen Wertes kann die Elektromobilität ökologisch kaum überzeugen.

Der Strommix in der Schweiz weist zwar viel tiefere CO<sub>2</sub>-Emissionen pro kWh auf. Bei aller Begeisterung bleibt die Elektromobilität aber auch bei uns vorläufig fragwürdig, da der zusätzlich benötigte Strom wohl importiert werden muss – hauptsächlich aus Kohlekraftwerken!

Konrad Studerus, Vizepräsident AVES Schweiz

### AVES intern

Möchten Sie in Zukunft unsere Informationen auf elektronischem Weg erhalten?

Dann senden Sie bitte eine E-Mail mit dem **Betreff «AVES»** an [info@aves.ch](mailto:info@aves.ch) unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.



Alle Energien nutzen

## Im Zeichen der internen Stärkung

Die diesjährige Delegiertenversammlung (DV) der AVES fand am 13. Juni 2015 in Bern statt. Delegierte von beinahe allen 17 Regionalgruppen waren aus der gesamten Deutschschweiz angereist. Mit dem Präsidenten Albert Rösti und dem Vorstandsmitglied Christian Wasserfallen waren zudem zwei etablierte Energiepolitiker anwesend.



Vertreter von insgesamt 17 AVES-Regionalgruppen während der Delegiertenversammlung

In seiner Eröffnungsrede resümierte der AVES-Präsident Albert Rösti das energiepolitische Jahr 2014 und informierte über den aktuellen Stand und Entwicklungen. Kurz und prägnant brachte er dabei die Auswirkungen der fehlgeleiteten Energiestrategie 2050 des Bundesrates auf den Punkt: «Enorme Mehrkosten für weniger Versorgungssicherheit». Im Zentrum der DV stand denn auch die Verabschiedung einer Resolution zur Energiestrategie 2050. Die AVES bekräftigt darin wiederholt, dass sie die Energiestrategie 2050 ablehnt und – falls das Parlament die notwendigen Korrekturen nicht vornehmen wird – ein allfälliges Referendum tat-

kräftig unterstützen wird. Im Fokus der diesjährigen DV stand die interne Stärkung der AVES. In diesem Kontext hörten die Anwesenden ein Referat über die digitalen Medien und die Chancen, die sich daraus für AVES ergeben. Aus ihrer konkreten AVES-Praxis berichteten daraufhin der Geschäftsführer der AVES Solothurn, Andreas Gasche, und der Präsident der AVES Schaffhausen, Christian von Burg. Dabei wurden von diesen beiden Regionalgruppen inspirierende und motivierende Informationen über die Organisation, die Vernetzung nach aussen, die Aktivitäten und die Mittelbeschaffung vermittelt.



Christoph Emch referierte über digitale Medien und daraus entstehende Chancen für die AVES



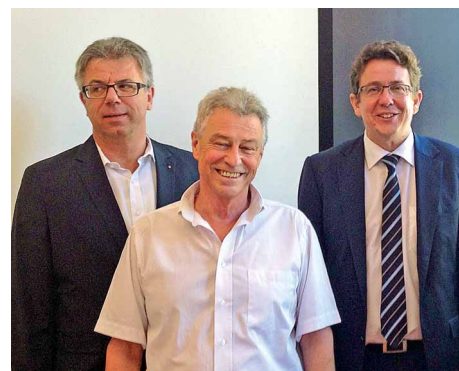
Der anschliessende Apéro bot Gelegenheit für ungezwungene und interessante Gespräche

**Haushalte zahlen immer mehr für Strom**

## Wir wollen keine Preise wie in Deutschland!

Gemäss aktuellen Erhebungen des Statistikamts Eurostat zahlen die Privathaushalte in Deutschland inzwischen den zweithöchsten Strompreis in der EU. Im Durchschnitt zahlten die deutschen Haushalte im zweiten Halbjahr 2014 rund 29.30 Eurocents pro Kilowattstunde. Nur gerade in Dänemark liegt der Strompreis knapp höher. Bereits 52 Prozent des Strompreises entfielen dabei in Deutschland auf Steuern und Abgaben. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Preis in der EU für Privathaushalte betrug pro Kilowattstunde im selben Zeitraum 20.80 Eurocents. Wieder einmal

mehr zeigen die ernüchternden Zahlen, dass die Energiewende in Deutschland kein Vorbild für die Schweiz sein darf. Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) in der Schweiz muss deshalb gestoppt werden, zumindest darf sie nicht weiter erhöht werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Politik (ohne Konsultation der Bevölkerung) die KEV stetig weiter erhöhen wird, und wir bald auf deutschem Preisniveau landen. Damit würden insbesondere unsere KMU und vor allem ärmere Haushalte belastet. Dies gilt es zu verhindern. Und somit in diesem Sinne: Wehret den Anfängen!



v.l.n.r. Andreas Gasche (AVES SO), Christian von Burg (AVES SH) und Albert Rösti (Präsident AVES)

### «Das Fuder ist überladen»

**Der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) hat in einer Medienmitteilung im Juni 2015 seiner Sorge über die Entwicklungen in der Schweizer Energiepolitik Ausdruck verliehen.**

Der DSV fordert einen Marschhalt zur Energiestrategie 2050. Nach seiner Ansicht sind Behörden und Politiker zunehmend von der Komplexität der Aufgabe überfordert. Zudem setzten sich in der Energiepolitik immer häufiger Partikularinteressen durch, ohne dass die Auswirkungen hinterfragt würden. «Damit wird die heute vom Kollektiv getragene, sichere Stromversorgung der Schweiz unnötig gefährdet», nimmt DSV-Präsident Peter Lehmann Stellung. Nach Ansicht des DSV soll insbesondere die Bevölkerung zuerst an der Urne über den Ausstieg aus der Kernenergie befinden können, bevor über weitere Massnahmen wie Lenkungsabgaben diskutiert wird. Zudem ist auf zusätzliche Subventionen von neuen Produktionsanlagen zu verzichten.

### Kernkraftwerke: neuer Rekordwert bei Produktion

Die fünf schweizerischen Kernkraftwerke haben 2014 insgesamt 26,4 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. Damit erzielten sie eine um 6 Prozent höhere Produktion als im Vorjahr und setzten einen neuen Rekordwert. Der Anteil an der gesamten inländischen Stromproduktion stieg auf 37,9 Prozent (2013: 36,4 Prozent). Dank dieser Steigerung der Kernkraftwerke wurde bei der Gesamtproduktion der zweithöchste jemals erzielte Wert erreicht (69,6 Milliarden Kilowattstunden). Der Stromverbrauch (57,5 Milliarden Kilowattstunden) hingegen sank im vergangenen Jahr um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Begründet wurde dies vom Bundesamt für Energie BFE mit der Tatsache, dass 2014 das wärmste Jahr seit Messbeginn war und daher insbesondere von Januar bis März weniger Strom verbraucht wurde als im Vorjahr.

## Bundesrat manövriert sich ins Abseits

**Der Bundesrat hat am 13. März 2015 seine Pläne ab 2021 für einen Übergang vom heutigen Subventionssystem zum Lenkungssystem präsentiert. Die Vernehmlassung dazu dauerte bis zum 12. Juni 2015. Die AVES lehnt die Vorschläge des Bundesrates entschieden ab. Die AVES fordert, dass die gesamte Energiestrategie 2050 (1. Etappe und 2. Etappe) zusammen und vollständig dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Auch bei den Parteien und anderen Organisationen sind die bundesrätlichen Vorschläge durchs Band durchgefallen.**

Am 8. März 2015 hat die Schweizer Bevölkerung die Initiative der Grünliberalen Partei «Energie statt Mehrwertsteuer» eindeutig mit historischen 92 Prozent abgelehnt. Trotz dieses vernichtenden Resultats hat der Bundesrat nur fünf Tage danach seine Pläne zur 2. Etappe der Energiestrategie 2050 präsentiert und eine Vernehmlassung dazu eröffnet, die bis Mitte Juni dauerte. Ab 2021 soll ein Übergang vom Förder- zu einem Lenkungssystem stattfinden. Der Bundesrat möchte basierend auf den Ergebnissen der Vernehmlassung die Botschaft zu dieser Verfassungsbestimmung noch 2015 vorlegen.

### Der Vorschlag des Bundesrates

Der Bundesrat hat für die Realisierung der 2. Etappe einen Verfassungsartikel vorgeschlagen. Er möchte damit einen solchen grundsätzlichen Richtungsentscheid demokratisch legitimieren. Der Vorschlag beinhaltet einen neuen Verfassungsartikel über Klima- und Stromabgaben sowie Übergangsbestimmungen, um das aktuelle Fördersystem mit einem Lenkungssystem abzulösen. Im Verfassungsartikel soll festgelegt werden, dass Abgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie Strom erhoben werden können, wenn auch der Bundesrat beabsichtigt, auf die Treibstoffe in einer ersten Phase keine Lenkungsabgabe zu erheben. Die Erträge aus den Klima- und Stromabgaben sollen eigentlich an die Wirtschaft und die Bevölkerung rückverteilt werden. In einer Übergangszeit soll jedoch ein Teil der Erträge zweckgebunden für das bisherige Fördersystem verwendet werden. Parallel dazu will der Bundesrat das bisherige Fördersystem schrittweise abbauen, wobei jedoch die kostendeckende Einspeisevergütung bis Ende 2030 aufrechterhalten wird und dann noch eine Laufzeit bis 2045 hätte.

### Die Position der AVES – Energiestrategie 2050 vors Volk

Die AVES lehnt neue Lenkungsabgaben, in der Form wie sie der Bundesrat vorgeschlagen hat, grundsätzlich ab, wenn auch Lenkungsabgaben im Gegensatz zu Förder- und regulatorischen Massnahmen, ein adäquateres – weil marktkonformes – Instrument darstellen, um die gesteckten Umweltziele zu erreichen. Das heutige Fördersystem will der Bundesrat ab 2021 nur schrittweise durch ein Lenkungssystem ablösen, anstatt dieses direkt abzulösen, wie er es zuvor mehrmals kommuniziert hatte. Somit hätten wir während einem Jahrzehnt zwei parallel laufende Systeme. Die AVES ist klar der Meinung, dass das heutige Subventionssystem viel früher befristet werden muss. Zusätzlich würden bis 2030 gesprochene Subventionen des heutigen Fördersystems danach noch eine Laufzeit bis 2045 haben. Das bisherige Fördersystem ist bereits stark wettbewerbsverzerrend, bei einer Überlappung der beiden Systeme ist der Eingriff in den Markt noch stärker und wird den Wettbewerb noch schärfer verzerren und das über Jahrzehnte hinweg.

Die AVES fordert, dass die beiden Pakete der 1. Etappe und der 2. Etappe zusammen und vollständig dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Nur so kann sich die Bevölkerung ein Gesamtbild machen und Stellung beziehen, ob sie die Energiestrategie 2050 tragen will oder nicht.

Die AVES fordert deshalb den Bundesrat auf, der Bevölkerung endlich reinen Wein einzuschenken und klar darzulegen, welche Vor- und Nachteile die gesamte Energiestrategie 2050 mit sich bringt, und die Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen. Eine verfehlte Energiepolitik mit überbordendem Subventionismus und Dirigismus wie in Deutschland muss unbedingt verhindert werden.

Der Bundesrat scheut zudem vor unpopulären Massnahmen wie der Einführung einer Treibstoffabgabe zurück. Damit kann er jedoch seine klima- und energiepolitischen Ziele nicht erreichen. Er nimmt seine Führungsaufgabe in keiner Weise wahr und führt seine Energiestrategie 2050 ad absurdum. Entweder steht er voll und ganz hinter der Energiestrategie 2050 und setzt seine «Energie» ein, um die Bevölkerung von seiner Vision zu überzeugen, auch wenn der Weg dazu steinig und beschwerlich ist. Oder aber der Bundesrat ist selber nicht überzeugt von seiner Strategie, und dann ist es besser, wenn er die «Übungsanlage Energiestrategie 2050» ablöst!

### Parteien und Organisationen zerpfücken Lenkungsabgaben

Bei den Parteien sind die Vorschläge des Bundesrates zu den Lenkungsabgaben aus verschiedenen Gründen durchs Band abgelehnt worden. Während die einen (SP, Grüne) nicht möchten, dass die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) und das Gebäudesanierungsprogramm mittels eines Verfassungsartikels abgeschafft werden, plädieren andere (FDP, GLP) für eine vollständige Abschaffung dieser Instrumente. Zudem möchte die FDP keine parallelen Systeme und befürchtet (zu Recht) eine Zweckbindung anstelle der vollständigen Rückverteilung. Dann gibt es aber auch Stimmen (SVP), die gar keine Lenkungsabgaben möchten, weil dadurch die Energie stark verteuert und der Werkplatz Schweiz Schaden nehmen würde. Aufgrund der breiten Ablehnung wird die Vorlage in dieser Form wohl bereits im Parlament scheitern.

Aber auch verschiedene Organisationen lehnen die Vorschläge ab. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), die Gruppe Grosser Stromkunden (GGS) und auto-schweiz aber auch WWF, Pro Natura, VCS und Greenpeace lehnen unter anderen die Pläne des Bundesrates ab.

## Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S)

# Auf der Suche nach Lösungen für die Wasserkraft

**Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) hat sich im April und Mai 2015 mit der problematischen Situation unserer einheimischen Wasserkraft auseinandergesetzt und dabei nach Möglichkeiten zur Unterstützung der bestehenden Wasserkraft gesucht. Finanzielle Überbrückungshilfen für gefährdete Kraftwerke will sie dabei näher prüfen.**

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 27. Mai 2015 mit 11 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, eine Regelung für Kraftwerke in finanzieller Notlage zu erarbeiten. Nach Auffassung der Kommission soll eine solche Regelung aber nur dann zum Einsatz kommen, wenn der Weiterbetrieb eines Kraftwerkes unmittelbar gefährdet ist. Eine Unterstützung würde demgemäss mit einer Einzelfallprüfung ein-

hergehen. Wichtig ist der Energiekommission, dass eine allfällige Unterstützung auf höchstens fünf Jahre befristet wird. Als Finanzierungsmöglichkeiten sollen ein Beitrag über den Netzzuschlag oder Bundesdarlehen geprüft werden.

Die Energiekommission des Ständerates wird die konkrete Ausgestaltung der Massnahmen nach der Sommerpause beschliessen.

## Präsident

Dr. Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf BE

## Vizepräsident

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

## Vorstandsmitglieder

Hans Killer, Nationalrat, Untersiggenthal AG  
Christian Wasserfallen, Nationalrat, Bern BE  
Walter Jermann, alt Nationalrat, Dittingen BL  
Dr. Arthur Loepfe, alt Nationalrat, Appenzell AI  
Martin Arnold, Kantonsrat, Oberrieden ZH  
Walter E. Böhlen, Niederrohrdorf AG  
Erich Kaufmann, dipl. EL-Ing. HTL, Lachen SZ

## Anschrift

Sekretariat AVES Schweiz  
Postfach 319, 3000 Bern 7  
Telefon 041 544 25 44

## Internet

www.aves.ch

## Mail

info@aves.ch

## Druck

Speck Print AG, 6340 Baar  
Auflage: 6'000 Exemplare  
Erscheint vierteljährlich

AZB  
3000 Bern 7

# aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung (Die Beiträge erscheinen in gekürzter Form.)

## Das Ende der Energiewende – und wie es weitergehen sollte

Offensichtlich wollen wir alle weder auf die Segnungen eines energieintensiven Lebensstils verzichten noch mehr dafür bezahlen. Beides ist auch nicht nötig. Entgegen den Unkenrufen befindet sich die Energieversorgung nicht in einer Lage, die nach einer einschneidenden Wende rufen würde. Zuerst ist deshalb der polarisierende Begriff «Energiewende» zu entsorgen, er hat mit den geschürten Emotionen mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Sodann kann unaufgeregt und sachbezogen wieder an die bewährte Vier-Säulen-Strategie des Bundesrates angeknüpft werden: Energie sparen, neue Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik.

Auf Bundesebene ist der Fokus vom emotional belasteten Atomausstieg zurück zur wichtigeren Klimapolitik zu verlagern. Dadurch werden Mittel frei, die heute zur Subventionierung von nicht marktfähigem Flatterstrom ab Einfamilienhausdächern, Hügelzügen und Bächen gebunden sind. Die Schweiz wird mittelfristig keinen Engpass in der Stromversorgung haben, da die bestehenden KKW, insbesondere Gösgen und Leibstadt, noch jahrzehntelang in Betrieb stehen. Temporäre Lücken sollen, wie heute schon, mit Importstrom gedeckt werden. Dieser wird aufgrund des strukturellen Überangebotes noch für längere Zeit sehr billig bleiben, weshalb es unklug wäre, selber in teure nicht amortisierbare Produktionsanlagen zu investieren, auch nicht in subventionierte Kleintechnologien.

Emotionslos betrachtet, befindet sich die Schweiz in einer sehr komfortablen Lage: Der Stromverbrauch bleibt nahezu CO<sub>2</sub>-frei und wird durch die Nutzung der Fehlinvestitionen anderer tendenziell günstiger. Dies gibt uns Zeit, die energiepolitische und technologische Entwicklung aktiv zu beobachten und ohne Hast zum gegebenen Zeitpunkt neue Investitionen auszulösen. Zusammenfassend ist die Energiepolitik also entlang der folgenden Leitlinien neu aufzulösen: Fokus Klima statt Atomausstieg, Vermeidung von Fehlinvestitionen in nicht lebensfähige Technologien, Nutzung des günstigen Importstromangebots, spätere Neuinvestitionen, wenn sich der Pulverdampf verzeihen hat.

Christian von Burg, Lohn SH

## Die Krux mit der Energie(-Strategie)

Das Thema Energie wird in letzter Zeit praktisch täglich in den Medien behandelt. So lesen wir zum Beispiel in der «Südostschweiz», dass im Kanton wieder einige neue Stromtankstellen für Elektromobile eröffnet worden sind, und dass man bei manchen von ihnen die Batterien seines Gefährts gratis aufladen kann. Gratis? Gratis gibt es nicht, das weiss jeder Wirtschaftsstudent im ersten Semester schon. Nein, für das elektrische Fahrvergnügen bezahlen die anderen Stromkonsumenten. Und den Leuten, die jubelnd jede Eröffnung einer Stromtankstelle feiern, scheint entgegen zu sein, dass in Japan bereits das Zeitalter des Brennstoffzellenautos eingeläutet wurde.

Frank P. Gross, Netstal GL

Sodann stand die Volksabstimmung zur sogenannten Energieinitiative an. Sie erlitt mit 92 Prozent Nein-Stimmen eine spektakuläre Abfuhr. Neben dem Resultat ist bemerkenswert, dass die Schweizer Bevölkerung am 8. März 2015 überhaupt zum ersten Mal über ein Thema, welches im weiteren Sinne mit der Energiestrategie 2050 im Zusammenhang steht, abstimmen konnte. Ein klareres Verdikt ist kaum vorstellbar. Was die Bundesrätinnen Widmer-Schlumpf und Leuthard aber nicht daran hinderte, schon kurz nach Bekanntwerden des vernichtenden Resultats unverdrossen von «keinen Auswirkungen» auf besagte Energiestrategie zu plaudern.

Tatsache ist, dass besagte «Energiestrategie 2050» ein unausgeglichenes, von krassen Fehlschlüssen und zurechtgebogenen Annahmen durchsetztes Papier ist. Wenn ein Konzernchef mit einer solchen «Strategie» vor seinen Verwaltungsrat treten würde, würde ihn dieser – vorausgesetzt er ist kompetent und verantwortungsbewusst – im besten Fall zurück an den Start schicken, im Normalfall aber wohl entlassen. Könnte es sein, dass die geradezu missionarisch auftretenden Protagonisten dieser Energiewende dem Volk die «Energiestrategie 2050» deshalb nicht zur Abstimmung vorlegen, weil die das Resultat fürchten? In einem Punkt sind wir uns ja wohl einig: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lassen sich eigentlich nie für dumm verkaufen.

- AG** AVES Aargau  
Dr. Reto Müller  
Wiesenweg 6, 8115 Hüttikon  
r\_p\_mueller@gmx.ch  
www.aves-aargau.ch
- BE** AVES Bern  
Beat Schauwecker, Fürsprecher  
Schulweg 6, 3013 Bern  
b.schauwecker@bluewin.ch  
info@avesbern.ch  
www.avesbern.ch
- BS** AVES Region Basel  
**BL** Walter Jermann, alt Nationalrat  
Blauenweg 10, 4243 Dittingen  
wjermann@bluewin.ch  
www.avesbasel.ch
- GL** AVES Glarus  
Frank P. Gross  
Weid 6, 8754 Netstal  
gross-resultate@bluewin.ch
- GR** AVES Graubünden  
Baltermia Peterelli  
Veia Segantini 4, 7460 Savognin  
p.peterelli@bluewin.ch
- LU** AVES Luzern  
Markus Alder  
avesluzern@gmail.com  
www.aves-luzern.jimdo.com
- NW** AVES Nidwalden  
Konrad Niederberger  
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen  
Axel Ziegler  
Hauptstrasse 22, 9422 Staad  
axel56@windowslive.com
- SH** AVES Schaffhausen  
Christian von Burg  
info@aves-sh.ch  
www.aves-sh.ch
- SO** AVES Solothurn  
Postfach 130, 4502 Solothurn  
info@aves-so.ch  
www.aves-so.ch
- SZ** AVES Schwyz  
Hans Gnos  
Tannenweg 9, 6410 Goldau  
hans\_gnos@bluewin.ch
- TG** AVES Thurgau  
Postfach 94, 8572 Berg  
info@aves-tg.ch  
www.aves-tg.ch
- UR** AVES Uri  
Marlies Z'graggen  
Hellgasse 63, 6460 Altdorf  
zgrazrga@bluewin.ch
- ZG** AVES Zug  
Postfach 1342, 6301 Zug  
info@aves-zug.ch  
www.aves-zug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil  
Dr. Hans R. Moning  
Gotthardstrasse 10, 8800 Thalwil  
info@aves-zh.ch  
hr.moning@moning.com  
www.aves-zh.ch
- ZH** AVES Winterthur  
Postfach 1545, 8401 Winterthur  
jkrammer@bluewin.ch
- ZH** AVES Zürich  
Martin Arnold  
Wengistrasse 7  
Postfach, 8026 Zürich  
martin.arnold@communicators.ch  
www.aves-zuerich.ch